

Mai 2021

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

unser aktueller Newsletter bietet spannende Themen im Rückblick. Aber auch viele Informationen im Ausblick. Das überragende Thema derzeit ist natürlich der Umgang mit der Pandemie und die Fragen der weiteren Entwicklung und was wir als Politik tun können. Besonders freut uns, dass wir Steffen Krach, unseren Kandidaten für das Amt des Regionspräsidenten, für ein Interview gewinnen konnten. Hier geht es auch um den Umgang mit Langzeitfolgen von Corona.

Im Sinne des Mottos des DGB zum Tag der Arbeit: „Solidarität ist Zukunft“ werden wir als SPD-Fraktion Politik weiter gestalten!



Silke Gardlo

Silke Gardlo
Fraktionsvorsitzende

Save the Date:

Di. 1. Juni 2021 | 17:00 Uhr

Online-Veranstaltung der
SPD-Regionsfraktion
**Grüner Wasserstoff.
Zukunftstechnologie und
Wirtschaftsfaktor für die
Region Hannover!**

Infos und Einladung folgen

Ohne grünen Wasserstoff kann die Klimawende nicht erreicht werden und die Klimaneutralität bis 2050 und bis 2035 schon gar nicht erreicht werden, darin sind sich alle Experten einig und inzwischen auch die Politik auf allen staatlichen Ebenen.

Die Entwicklung einer leistungsfähigen und ökonomisch erfolgreichen Wasserstoffwirtschaft hat aber einen langen Vorlauf, viele Fragen müssen geklärt werden. Das Tempo muss deutlich erhöht werden, wenn im Jahr 2030 das Potential an in der Region erzeugtem grünen Wasserstoff ausgeschöpft, in der Region selbst genutzt und genügend neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Das Bundesverfassungsgericht hat dankenswerterweise in seinem jüngsten Urteil den Druck auf die Bundesregierung deutlich erhöht.

Aus diesem Erkenntnisprozess heraus hat die SPD-Fraktion in der Region Hannover bereits im letzten Jahr 2020 die Initiative ergriffen und ein Regionales Wasserstoffprogramm – das von allen Fraktionen mitgetragen wird – auf den Weg gebracht. Sogleich stellen sich uns im Hinblick auf die nächsten Umsetzungsschritte und Entwicklungen beim Thema grüner Wasserstoff folgende Fragen:

- Welche Markthemmnisse und bürokratischen Hürden bestehen für den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft und welche Gegenmaßnahmen müssten auf den verschiedenen politischen Ebenen eingeleitet werden?
- Ist grüner Wasserstoff wirklich die Zukunftstechnologie und welche Schritte sind für die Transformation der Wirtschaft zugunsten einer grünen Wasserstoffwirtschaft notwendig bzw. welche Rolle kann in diesem Prozess die Region Hannover als Akteur einnehmen?

Diese Fragen wollen wir mit Ihnen und Expertinnen und Experten diskutieren.



Film ab!

Der neue Infofilm der Region Hannover hatte in der letzten Regionsversammlung Premiere. Wir finden ihn gut, aber schaut selbst:
www.youtube.com/watch?v=J7IIIwNQEm4

Besuch beim Impfzentrum



Unter der Begleitung von Herrn Hintz vom Fachbereich Feuerwehr der Landeshauptstadt Hannover hat am 21. April 2021 eine Delegation der SPD-Regionsfraktion Hannover einen Rundgang durch das Impfzentrum auf dem Messegelände gemacht.

Mit dabei waren die Fraktionsvorsitzende Silke Gardlo, sowie die Regionsabgeordneten Cor-

nelia Busch, Regina Högrefe und Elke Zach.

Das, was dort geleistet wird, ist wirklich beeindruckend. Es geht dort sehr ruhig, professionell und schnell zu.

Unser großer Dank gilt allen Beteiligten von Stadt und Region, Feuerwehr und Hilfsdiensten sowie dem medizinischen Personal.

Landschaftsschutzgebiet „Untere Leine“

SPD-Regionsfraktion Hannover spricht sich gegen Nachtangelverbot aus

Im Rahmen der Diskussionen um das Landschaftsschutzgebiet „Untere Leine“ und des von Anglervereinigungen kritisierten Nachtangelverbotes spricht sich die SPD-Regionsfraktion Hannover gegen ein solches Verbot aus.

In gemeinsamen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der SPD haben regionale und überregionale Anglervereinigungen deutlich gemacht, welche wichtige Rolle sie beim Naturschutz, z.B. beim Arten- und Gewässerschutz spielen und dass das Nachtangeln keinen signifikanten Eingriff darstellt.

Am 8. April 2021 besuchten Mitglieder der SPD-Regionsfraktion dazu in Neustadt Poggendorf die örtlichen Angler. Mit dabei war auch Steffen Krach, unser Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten. An diesem informativen Nachmittag wurde einmal mehr deutlich, wie sehr sich die Vereine für den Natur- und Gewässerschutz einsetzen. Ohne sie sähe es in der Leine wohl eher trost-

los aus. Die SPD-Fraktion unterstützt die Ausweisung der Naturschutzgebiete. Aber für ein Nachtangelverbot im nördlichen Teil der Leine sehen wir nach wie vor keinen Grund.

Vor dem Hintergrund zunächst widersprüchlicher Aussagen wollte die SPD-Regionsfraktion Hannover von der zuständigen Dezernentin wissen: „Wird der Regionspolitik eine Beschlussdrucksache zur Schutzgebietsverordnung für das Landschaftsschutzgebiet LSG – H76 „Leineaue zwischen Hannover und Stöckendrebber“ vorgelegt und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?“

Die von der SPD-Regionsfraktion Hannover dazu gestellte Anfrage gibt es auf unserer Homepage **hier** im Wortlaut.

Das inzwischen gestartete Beteiligungsverfahren wird nun bis zum 27. Mai 2021 dauern. Alle Infos dazu gibt es auf den ent-



sprechenden Seiten von **hannover.de**.

„Die SPD-Regionsfraktion Hannover wird sich in den weiteren Beratungen dafür einsetzen, dass es beim Landschaftsschutzgebiet „Untere Leine“ nicht zu Verboten des Nachtangelns kommt.“

Unser Koalitionspartner und auch die zuständige Dezernentin werden sich an dieser Stelle bewegen müssen.

Wir streben hier an, das Nachtangeln, z.B. durch Maßnahmen der Angeltechnik, weiter möglich zu machen, so die Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion Hannover, Silke Gardlo.

Impfungen der Feuerwehrleute ab Mai sind ein gutes Signal an die Aktiven



Jürgen Buchholz | Sprecher für Feuerschutz, Rettungswesen und allg. Ordnungsangelegenheiten der SPD-Regionsfraktion

Am Dienstag, den 20. April 2021 hat das Niedersächsische Ministerium für In-

neres und Sport bekanntgegeben, dass ab Mai die Feuerwehrleute der Freiwilligen Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr geimpft werden können. Der SPD-Regionsabgeordnete und Sprecher für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten, Jürgen Buchholz ist erfreut, dass „die Termine in den Impfzentren ab Mai sukzessive an alle Feuerwehrleute vergeben werden können, weil mehr Impfdosen vom Bund erwartet werden und nun endlich auch die Hausärzte impfen dürfen. Das bedeutet einen Riesenschritt für die Sicherung der Gesundheit der Feuerwehrleute und letzten Endes auch deren Familien.“

Bisher war dies nicht der Fall, da die Mitglieder der Feuerwehren der Prioritätsgruppe 3 zugeordnet sind und aufgrund der vorhandenen Impfdosenmenge und den bis dato nicht beteiligten Hausärzten nicht sicher war, ab wann die Feuerwehrleute eine Impfung erhalten können. Vor dem Hintergrund der täglichen Gefahrenaussatzung – sei es nun bei feuerwehrtechnischen Einsätzen oder im Rahmen der Pandemiebekämpfung – vermittelt nun eine schnellere Möglichkeit der Impfung ein gutes Signal an die ehrenamtlichen Feuerwehrleute und die Berufsfeuerwehr. Die Impfung ab dem 1. Mai soll grundsätzlich möglich sein, richtet sich aber auch weiterhin nach der

Verfügbarkeit des Impfstoffes und der Zahl der Personen auf der Warteliste.

Jürgen Buchholz fordert alle Aktiven in der Feuerwehr auf, „sich mit ihren Teams beim Impfzentrum zu melden, um Termine vereinbaren zu können. Die Impfungen erfolgen dann vor Ort im Impfzentrum oder durch den Einsatz von mobilen Impfteams. Die bevorzugte Impfung der Feuerwehrfrauen und -männer bietet mehr Sicherheit für den täglichen Einsatz und ist ein wichtiger Schritt nach vorn in der Bekämpfung der Pandemie. Die Sicherheit der Ehrenamtlichen ist auch eine Sicherheit für die Gesamtbevölkerung.“

Interview mit Steffen Krach – Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung in Berlin Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten

Wie bewertest Du die bisher getroffenen Maßnahmen gegen Corona in der Region Hannover?

Steffen Krach: „Die Pandemie stellt uns und die Region vor große Herausforderungen, keine Frage. Auf meiner Tour durch unsere Städte und Kommunen sehe ich aber genauso die kreativen und resilienten Lösungsansätze, mit denen die Menschen Corona die Stirn bieten. Da sind hochmotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Werk, die täglich zu Höchstleistungen im Kampf gegen die Pandemie auflaufen. Beachtliche Positivbeispiele sind für mich auch die Kooperation mit der Bundeswehr zur Nachverfolgung der Kontaktketten oder die Rolle unserer Regionskrankenhäuser, die ihre Bedeutung zur Pandemiezeit nochmals unterstrichen haben.“

In Berlin bist Du als Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung auch für die Charité zuständig. Welche Erfahrungen kannst Du in die zukünftige Gesundheitspolitik der Region Hannover einbringen?

Steffen Krach: „Staatssekretär in Berlin bin ich seit nun über sechs Jahren. In dieser Zeit hat mich vor allem der Stellenwert von Wissenschaftspolitik für

unsere Gesellschaft geprägt. Mit der Corona Pandemie ist diese nun auch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Wir haben in der Region mit dem KRH, der Universität und unseren Hochschulen eine gute Ausgangsposition. Insbesondere für das Medizinstudium genießt der Standort Hannover bereits ein hohes Ansehen. Darauf möchte ich aufbauen und mit gezielten Investitionen Hannover zu einer Exzellenzregion weiterentwickeln.

Du hast angeregt, in Hannover ein Kompetenzzentrum für Forschung und Behandlung von Corona-Spätfolgen als Pilotprojekt zu starten. Warum ist Dir das so wichtig und was genau sind Deine Vorstellungen?

Steffen Krach: „Die Pandemie hat uns gezeigt, dass Vorbereitung und präventive Maßnahmen sehr vielversprechend sind. In diesem Zusammenhang sehe ich auch das Kompetenzzentrum. Die Pandemie wird nicht mit der letzten Infektion vorüber sein. Im Gegenteil, wir werden uns Jahre mit ihren Folgen auseinandersetzen müssen, sei das auf gesellschaftlicher oder eben auch individueller Ebene. Das Pilotprojekt soll genau an dieser Stelle ansetzen und steht dafür, dass ein kooperatives Miteinander und gesammelte



Kompetenzen für die Gesundheit der Menschen in der Region von Vorteil sind. Konkret wäre zum Beispiel das Klinikum Region Hannover bestens für ein Corona-Spätfolgenzentrum geeignet.“

In diesem Jahr besteht die Region Hannover 20 Jahre. Was sind aus Deiner Sicht die großen Herausforderungen für die nächsten 20 Jahre?

Steffen Krach: „Erstmal möchte ich betonen, was für eine großartige Idee dieses gesamte Projekt darstellt – sowohl gesellschaftlich wie auch politisch. Ich bin stolz, dass wir uns damals vor 20 Jahren zu so einem mutigen Schritt entschieden haben und die Re-

gion Hannover ist auch ideengeschichtlich ein Herzensprojekt. Sowohl zurückliegende als auch zukünftige Herausforderungen, die mit unserer Region in Verbindung stehen, definieren sich über die politischen Kernkompetenzen. Entscheidend in den nächsten Jahren wird die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie das Schaffen nachhaltiger Jobs sein. Damit in Verbindung steht auch die Schwerpunktsetzung auf eine kluge Wissenschaftspolitik sowie die Ausbildung zukünftiger Generationen. Sie werden in 20 Jahren der Motor der Region Hannover sein. Als Regionspräsident wird es daher mein oberstes Ziel sein, die Region kurz-, mittel- und langfristig gestärkt aus dieser Pandemie herauszuführen.“

Wir gehen beim Thema Klimaschutz voran – Effektive Klimaschutzmaßnahmen sollen die Region Hannover dem Ziel der Klimaneutralität näherbringen



Peter Heberlein | Umwelt- und Klimaschutzpolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

Nach Zustimmung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und im Regionausschuss wurde in der letzten Regionsversammlung ein interfraktioneller Änderungsantrag zum Thema Klimaschutz mit großer Mehrheit beschlossen. Dieser beschäftigt sich mit dem Umsetzungskonzept (3815 IV BDs) der Beschlussinhalte der Klima-in-Not-Vorlage (2777 IV BDs).

Mit dem Änderungsantrag „sollen die Weichen für den Klimaschutz in der Region Hannover neu gestellt und das Ziel der Klimaneutralität

angesteuert werden,“ meint Peter Heberlein, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion.

„Die SPD-Regionsfraktion sieht sich ohne Wenn und Aber dem Ziel des Pariser Abkommens von 2015 verpflichtet, die globale Erderwärmung auf unter 2 Grad bzw. auf 1,5 Grad zu begrenzen. Daraus ergibt sich laut neusten wissenschaftlichen Studien das Handlungsziel, die Region Hannover bis spätestens 2050, idealerweise bis 2035 klimaneutral aufzustellen. Es nützt aber nichts, wenn wir immer

ambitioniertere Ziele für den Klimaschutz benennen und uns diesbezüglich in einen Überbietungswettbewerb mit den jeweils anderen Parteien begeben – entscheidend ist immer noch die Umsetzung des Klimaschutzes und ob die gewählten Klimaschutzmaßnahmen einen effektiven Beitrag zur Zielerreichung leisten. Genau aus diesem Grund mussten wir uns die Umsetzung des Klima-in-Not-Programmes einmal kritisch ansehen und darin Änderungen sowie Ergänzungen vornehmen“, stellt Peter Heberlein klar.

Zum interfraktionellen Änderungsantrag „Klimaschutz“ in der Regionsversammlung am 20. April 2021 Rede des Regionsabgeordneten Sven Rühmeier

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter
Herr Regionspräsident,
sehr geehrte
Damen und Herren,

die Covid-Krise hat im letzten Jahr eine Meldung weitgehend überdeckt, die eigentlich einer Sensation gleichkommt: Deutschland hat im Jahr 2020 seine Klimaziele eingehalten - nämlich 40% weniger CO₂ in die Luft zu

Fortschritt im Klimaschutz ist möglich. Kraftanstrengungen können unerwartete Resultate liefern.

Von dieser Lektion sollten wir uns auch hier in der Region Hannover leiten lassen. Die Regionsversammlung hat im November 2019 den Antrag „Klima in Not“ beschlossen. In diesem Antrag werden 10 Maßnahmen aufgeführt, mit denen hier auf lokaler Ebene Klimaschutz konkret ge-



„ „ **Der Handlungsdruck ist nicht gerade geringer geworden.**

pusten als 1990. Anfang letzten Jahres hätte damit niemand gerechnet.

Dieser Effekt ist natürlich extrem teuer erkaufte, durch Lockdowns und enorme Mobilitätseinschränkungen und der Effekt wird wahrscheinlich dieses Jahr nicht wiederholt werden können.

Aber dennoch hat diese Meldung eines gezeigt:

macht wird. Die Fraktionen haben damals die Verwaltung beauftragt, ein Umsetzungskonzept dafür zu erarbeiten. Und das liegt uns heute vor.

Aber wir haben auch erlebt, dass der Handlungsdruck seit 2019 nicht gerade geringer geworden, sondern deutlich gestiegen ist. Die EU hat sich letztes Jahr das Ziel gesetzt, bis 2030 55%

weniger CO₂ im Vergleich zu 1990 zu emittieren. Die Stadt Hannover will bis 2035 sogar klimaneutral werden. Das sind ambitionierte Ziele.

2050 klimaneutral werden. Dieses Ziel ist gut. Aber uns allen ist doch gleichzeitig klar, dass es besser wäre, deutlich früher klimaneutral zu werden.

„ „ **Wir wollen heute in Sachen Klimaschutz den Turbo zünden.**

Gleichzeitig bietet die Covid-Krise auch die Chance, unsere Volkswirtschaft von einer fossilen in eine grüne Volkswirtschaft umzubauen.

Die Region Hannover will bis

Deswegen wollen wir heute in Sachen Klimaschutz den Turbo zünden. Dafür haben sich die Fraktionen, die „Klima in Not“ 2019 beschlossen haben, noch einmal zusammengetan, um das vorlie-

gende Umsetzungskonzept zu ergänzen.

Was wollen wir mit unserem Antrag im Einzelnen erreichen?

Zum Ersten werden wir priorisieren. Im Umsetzungskonzept sind zwar die Maßnah-

Anders ausgedrückt: Es gibt Maßnahmen, mit denen wir pro Euro mehr CO2 einsparen als durch die Regeneration von Moorflächen. Damit für diese anderen Maßnahmen im Zweifelsfall Geld zur Verfügung steht, deckeln wir die Moorankäufe auf 5 Mio. €.

Und selbstverständlich sollen Mittel, die in einem Jahr nicht abgerufen werden, ins nächste Jahr übertragen werden. Das haben wir mit Punkt 4) im Antrag klargestellt.

Einen Aspekt dürfen wir nicht vernachlässigen, wenn es um die Frage geht, wie wir Emissionen reduzieren können: Klimaschutz bedeutet nicht Verzicht oder Rückschritt. Im Gegenteil: Klimaschutz bedeutet neue Wege zu gehen, Innovation, Weiterentwicklung.

Wenn wir eine zielgerichtete Klimaschutzpolitik betreiben, dann entstehen neue Wirtschaftszweige und neue Arbeitsplätze.

nungen, auf den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und, und, und. All das wird nicht nur unseren CO2-Einsparungen einen Boost verpassen, sondern uns auch dem näherbringen, was ich vorhin vorausgeschickt habe: einem grünen, nachhaltigen und modernen Wirtschaftssystem.

Meine Damen und Herren, mit dem Antrag „Klima in Not“ und den heutigen Ergänzungen machen wir Klimaschutz konkret. Wir verlieren uns nicht in reinen Forderungen, sondern geben Antworten auf die Frage, wie wir unsere Klimaziele tatsächlich erreichen können. Denn am Ende geht es um Ergebnisse.

Für die SPD möchte ich mich bei den anderen Initiatoren des Antrags bedanken: bei unserem Koalitionspartner CDU, aber auch bei den Grünen, der FDP und der Regionslinke. Und natürlich freuen wir uns, dass die Gruppe REGION heute unseren Antrag ebenfalls unterstützen will.

Mit dieser breiten Unterstützung sendet die Regionsver-

men enthalten, die wir mit unserem Ursprungsantrag angepeilt haben. Was aber noch fehlt, ist die richtige Reihenfolge. Für die Reihenfolge, in der Maßnahmen umgesetzt werden, ist die Frage entscheidend: Mit welchen Maßnahmen können wir am meisten CO2 einsparen pro ausgegebenem Euro? Diese Maßnahmen sollen dann natürlich zuerst umgesetzt werden. Denn, und da erzähle ich nichts neues, bei der CO2-Einsparung geht es entscheidend auch um Tempo.

Zum Zweiten stellen wir klar, dass das Moorankaufprogramm der Region Hannover auf die Summe von 5 Mio. € begrenzt bleiben soll. Das mag zunächst paradox klingen, es hat aber einen sehr konkreten Hintergrund: Es gibt neben der Regenerierung von Moorflächen noch viele weitere Möglichkeiten, CO2 einzusparen. Und diese sind manchmal effektiver als die Moorregeneration. Zu nennen sind hier zum Beispiel der Ausbau erneuerbarer Energien, die Wärmedämmung von Gebäuden oder der Einbau von Wärmepumpen.

Zu guter Letzt geht es uns darum, ein paar Aspekte aus dem Klima-in-Not-Antrag zu präzisieren, die bisher un-

klar waren. Vor allem ist die Maßnahmenliste, die damals erstellt wurde, nicht abschließend. Wenn im Laufe der nächsten Jahre weitere Maßnahmen geeignet sind, um die Klimaziele der Region Hannover zu erreichen, dann können diese selbstverständlich durch die Politik beschlossen und im Rahmen des Klima-in-Not-Antrags umgesetzt werden.

Zuletzt ist uns wichtig klarzustellen, dass das Budget von 15 Mio. € natürlich nur für Maßnahmen verwendet werden darf, die nicht ohnehin bereits geplant sind. Wir wollen diese 15 Mio. € on top, zusätzlich zu den Anstrengungen, die die Region Hannover bereits unternimmt.

Deshalb haben wir als SPD die Initiative gestartet, die Region Hannover zur Wasserstoffregion zu machen.

Deswegen setzen wir außerdem auf den Ausbau erneuerbarer Energien, auf Wärmedämmungen, auf Fassaden- und Dachbegrü-

sammlung ein weiteres wichtiges Signal: Klimaschutz geht uns alle an.

Vielen Dank.

“ **Die entscheidende Frage ist: Mit welchen Maßnahmen können wir am meisten CO2 pro ausgegebenem Euro einsparen?**

“ **Wenn wir eine zielgerichtete Klimaschutzpolitik betreiben, dann entstehen neue Wirtschaftszweige und neue Arbeitsplätze.**

“ **Wir machen Klimaschutz konkret. Wir verlieren uns nicht in reinen Forderungen, sondern geben Antworten auf die Frage, wie wir unsere Klimaziele tatsächlich erreichen können. Denn am Ende geht es um Ergebnisse.**

Wir unterstützen die Kultur und setzen uns für einen Berufsschulcampus ein



Ulrike Thiele | Schul- und kulturpolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion

In der letzten Sitzung des Ausschusses „Schulen, Kultur, Sport“ am 23. März 2021 standen einige wesentliche Punkte auf der Tagesordnung. So waren u.a. die Kulturförderung in der Region Hannover und der Neubau der Justus-Liebig-Schule als Berufsschulcampus in Ahlem Themen. Für die SPD-Regionsfraktion Hannover sind beide Projekte / Initiativen Herzensange-

legenheiten, die von der Fraktion immer wieder in den politischen Gremien angestoßen worden sind.

Kultur ist systemrelevant

Die SPD-Regionsabgeordnete Ulrike Thiele, Sprecherin für Schulen, Kultur und Sport, zeigt sich erfreut, „dass im Ausschuss die Kulturförderung in verschiedenen Bereichen, z.B. Chorförderung, Spielplanförderung, Zustimmung erhalten hat und damit als systemrelevant anerkannt ist. Die verschiedenen Fördertöpfe leisten ihren Anteil daran, dass die Kulturlandschaft in der Region Hannover bunt und vielfältig bleibt und macht auch den großen Stellenwert der Kulturschaffenden für die Region Hannover deutlich.“ Die Kulturförderung der Region Hannover ermöglicht den teilnehmenden Vereinen / Verbänden Pla-

nungssicherheit und somit auch mehr Freiraum, um neue Ideen und Konzepte umsetzen zu können. Da fast alle geförderten Organisationen nicht nur Kulturangebote bieten, sondern auch aktiv in der Soziokultur tätig sind und Vernetzungsarbeit vor Ort leisten, trägt die Kulturförderung auch unmittelbar zum Gemeinwohl in den Kommunen bei.

Bessere Lernbedingungen für Berufsschülerinnen und Berufsschüler

Die drei Standorte der Justus-Liebig-Schule, verteilt über das Stadtgebiet, sind in die Jahre gekommen – eine Sanierung wäre weder wirtschaftlich, noch für einen besseren interdisziplinären Austausch zwischen den Fachbereichen sinnvoll. Der Schulausschuss empfiehlt daher dringend einen Neubau am Hauptstandort der Berufsbildenden Schule

in Ahlem. „Die SPD-Regionsfraktion setzt sich schon lange dafür ein, dass der BBS-Standort mit neuem Berufsschulkonzept ausgebaut und umgesetzt wird. Eklatanter Raummangel in den innerstädtischen Berufsschulen, stabile Schülerinnen- und Schülerzahlen bis mindestens 2030/2031 und umweltenergetische Bauaspekte bilden eine solide Grundlage für den Neubau.“ begründet Ulrike Thiele, Sprecherin für Schulen, Kultur und Sport, die Zustimmung der SPD-Regionsfraktion für den Neubau. Die finale Entscheidung für den Neubau trifft allerdings die Regionsversammlung am 20. April, da das geschätzte Investitionsvolumen für Planung und Neubau der berufsbildenden Schule in Trägerschaft der Region bei rund 80 Millionen Euro liegt und eine demokratische Mehrheitsentscheidung dieses Vorhaben legitimieren muss.

Die Verkehrswende zukunftsfit gestalten



Frank Straßburger | Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

Die Digitalisierungsstrategie unseres ÖPNV und die Anschaffung von Bussen mit sparsameren Antrieben sind Themen, die im letzten

Verkehrsausschuss beraten wurden.

„Unser Ziel als SPD-Regionsfraktion ist es, den ÖPNV der Region Hannover zukunftsfit auszurichten, indem wir ihn nach und nach CO2-neutral ausrichten und neue Kundengruppen gewinnen – kurz gesagt also, indem wir die Daseinsvorsorge lebendig halten.“

Eine erfolgreiche Digitalisierung bedeutet für uns, dass die Angebote des ÖPNV leichter zugänglich sind und die Maßnahmen sich sowohl ökonomisch als auch ökologisch zu Buche schlagen.

Hieran lassen wir uns auch gerne messen!“, sagt Frank Straßburger, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion.

Aktuell im Fokus: Digitalisierung und umweltschonende Antriebe

Frank Straßburger zählt auf: „Konkret wollen wir einen starken Fokus auf Echtzeitinformationen legen, der auch über die Grenzen von ÜSTRA und regiobus hinausgehen und etwa die Belegung der Park-and-Ride und der Bike-and-Ride-Anlagen miteinbeziehen soll. Damit die Entscheidung, kein eigenes Auto zu besitzen, nicht

als Verzicht wahrgenommen wird, werden wir zudem wo es geht eine stärkere Personalisierung der öffentlichen Mobilität vorantreiben, indem wir etwa auf Angebote wie „sprinti“ setzen. Da wir unsere Verantwortung für den Klimaschutz ernst nehmen, investieren wir zudem in bessere Antriebstechniken und schaffen bis zum Ende des nächsten Jahres 62 Mild-Hybridbusse an. Schlussendlich ist anzumerken, dass wir auch mit dem autonomen Fahren weiter experimentieren wollen – insgesamt kann man also sagen, dass wir in den nächsten Jahren noch viel vorhaben.“

Ausbau der Haltestelle Wiesenau kommt bis 2022

Der Verkehrsausschuss hat die Realisierung des Hochbahnsteiges an der Haltestelle Wiesenau beschlossen. „Wiesenau ist eine wichtige Haltestelle sowohl für Pendler als auch für Anwohnerinnen und Anwohner. An Werktagen steigen hier täglich etwa 3.100 Fahrgäste ein und aus. Mit dem barrierefreien Ausbau der Haltestelle leisten wir einen wichtigen Beitrag dafür, dass der ÖPNV etwa für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, Blinde, aber auch Eltern mit einem Kinderwagen gut zugänglich ist.

Die Gesamtkosten für den Ausbau belaufen sich nach derzeitigen Schätzungen auf etwa 4,82 Millionen Euro, von denen wir als Region Hannover insgesamt 1,5 Millionen Euro tragen. Unser Ziel ist es, nächstes Jahr mit dem Projekt fertig zu sein“, sagt Frank Straßburger, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion Hannover.

Hochbahnsteig ist Investition in die Zukunft der Strecke

Hochbahnsteige sind ein zentraler Baustein für einen barrierefreien ÖPNV,

haben aber darüber hinaus noch weitere Vorteile: „Mit dem Ausbau investieren wir gleichzeitig auch ganz bewusst in die Zukunft. Die neueren Stadtbahnen des Typs TW 3000 und TW 4000 können nur an Hochbahnsteigen halten. Der Ausbau der Haltestelle Wiesenau ist also auch ein Beitrag dazu, dass die neueren Stadtbahnen auf lange Sicht auch auf der Linie 1 bis nach Langenhagen fahren können. Damit sorgen wir dafür, dass unser Stadtbahnnetz zukunftsfest aufgestellt ist“, ergänzt Silke Gardlo,



Silke Gardlo | Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion

Fraktionsvorsitzende der SPD-Regionsfraktion.

Bau des Hochbahnsteigs an der Haltestelle Ungerstraße geht in die nächste Phase

Auch die Realisierung des Hochbahnsteiges an der Haltestelle Ungerstraße wurde im Verkehrsausschuss beschlossen.

„Nachdem wir im letzten Jahr das Planfeststellungsverfahren für den Hochbahnsteig an der Haltestelle Ungerstraße auf den Weg gebracht haben, geht es nun endlich los.

Auch der Bauausschuss der Stadt Hannover hat

eine entsprechende Zustimmung gegeben. Mit dem barrierefreien Ausbau der Haltestelle leisten wir einen wichtigen Beitrag dafür, dass der ÖPNV etwa für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, Blinde, aber auch Eltern mit einem Kinderwagen gut zugänglich ist.

Die Gesamtkosten für den Ausbau belaufen sich auf über sieben Millionen Euro, von denen wir als Regi-

on Hannover insgesamt 2,6 Millionen Euro tragen. Unser Ziel ist es, im Jahr 2023 mit dem Projekt fertig zu sein“, sagt Frank Straßburger, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion Hannover.

Hochbahnsteig notwendig für neue Stadtbahnen

Hochbahnsteige sind ein zentraler Baustein für einen barrierefreien ÖPNV, sind aber auch notwendig

für die neuen Stadtbahnen: „Neuere Stadtbahnen wie der TW 3000 und der TW 4000 benötigen einen Hochbahnsteig, um halten zu können. Wenn wir diese nicht bauen, können auch weiterhin nur die alten Modelle auf der Linie fahren. Hochbahnsteige bedeuten also auch, dass wir damit in die Zukunft der Linie investieren“, macht Frank Straßburger abschließend deutlich.

Neuer Hochbahnsteig für Laatzen

Ebenfalls im Verkehrsausschuss wurde die Realisierung des Hochbahnsteiges Rethen/Pattensener Straße beschlossen. „Mit der Haltestelle Rethen/Pattensener Straße werden die beiden Haltestellen Rethen Nord und Rethen zu einer gemeinsamen Haltestelle zusammengefasst. Auf der Wendeschleife werden Parkplätze entstehen und die betrieblichen Funktionen der Schleife werden an andere Haltestellen verlagert.

Mit dem barrierefreien Ausbau der Haltestelle leisten

wir einen wichtigen Beitrag dafür, dass der ÖPNV etwa für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, Blinde, aber auch Eltern mit einem Kinderwagen gut zugänglich ist.

Die Gesamtkosten für den Ausbau belaufen sich nach derzeitigen Schätzungen auf etwa elf Millionen Euro, von denen wir als Region Hannover fast fünf Millionen Euro tragen. Unser Ziel ist es, noch dieses Jahr mit dem Projekt zu beginnen“, sagt Frank Straßburger, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfrak-

tion Hannover.

Hochbahnsteig ist wichtig für Laatzen

In Laatzen soll jedes Jahr ein Hochbahnsteig gebaut werden. Der Rethener SPD-Regionsabgeordnete Ernesto Nebot Pomar führt aus: „Ich freue mich sehr über die Hochbahnsteige hier in Laatzen. Die Menschen aus Gleidingen und Rethen können nun auch ohne Umstieg barrierefrei zu wichtigen kommunalen Einrichtungen wie dem Agnes Karll Krankenhaus oder dem aquaLaatzium fahren.“



Ernesto Nebot Pomar | SPD-Regionsabgeordneter

März war der Monat der Frauen

Gleichstellung scheint in Deutschland kein großes Thema mehr zu sein – Frauen können jeden Beruf ergreifen, sie können wählen gehen, sie können Karriere machen, sie können zuhause bleiben. Sie können – eigentlich.

Die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion, Cornelia Busch, fasst die Realität zusammen:

„Gleichstellung ist Theorie – in der Praxis erreichen Frauen viel seltener das obere Ende der Karriereleiter und verdienen immer noch weniger Geld in vielen Jobs, trotz gleichwertiger Tätigkeit.

Das Risiko der Altersarmut ist bei Frauen massiv erhöht. Außerdem ist die Wahrscheinlichkeit, Opfer von sexuellen Übergriffen und von

häuslicher und sexualisierter Gewalt zu werden, eine alltägliche Gefahr für jede Frau.

Der sogenannte „mental Load“, also die mentale Belastung bzgl. all der Aufgaben die in Familien anstehen, liegt immer noch hauptsächlich in der Verantwortung der Frauen.“



Cornelia Busch | Gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion

Der Monat März machte darauf aufmerksam:

Am 8. März wurde der Internationale Frauentag zelebriert – seit 1921 jährlich und jedes Jahr mit einem anderen Motto. Dieses Jahr lautete es international „Women in leadership: Achieving an equal future in a COVID-19 world“. („Frauen in Führung: eine gleichwertige Zukunft in einer Covid-19 Welt erreichen“).

Die SPD-Fraktionsvorsitzende, Silke Gardlo, betont die Bedeutung des Frauentags: „Der Frauentag macht darauf aufmerksam, was Frauen weltweit leisten, welchen Repressalien sie noch immer erleiden müssen. Deshalb ist es wichtig, dass öffentlichkeitswirksam darauf aufmerksam gemacht wird – auch wenn wir als Gesellschaft gefordert sind, uns permanent für die



Silke Gardlo | Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion

Rechte der Frauen einzusetzen. Für uns als SPD ist das selbstverständlich.“

Zwei Tage später, am 10. März, wurde in diesem Jahr der „Equal Pay Day“ in Deutschland begangen, wel-

cher den Gehaltsunterschied von Frauen und Männern bei vergleichbarer Arbeit aufzeigt.

Dieser sogenannte „Gender Pay Gap“ (also die „Geschlechter Bezahlungs-Lücke“) wird von Regina Hogrefe, Sprecherin für Wirtschaft und Beschäftigung, erläutert: „In Deutschland beträgt in der „bereinigten Berechnung“ der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern seit Jahren stabil 6%.

Laut dem Statistischen Bundesamt liegt dieser Gender Pay Gap bei uns höher als im EU-Durchschnitt und weist eine Differenz von 4,30 Euro brutto MEHR in der Stunde für Männer auf.“



Regina Hogrefe | Sprecherin für Wirtschaft und Beschäftigung der SPD-Regionsfraktion

„Das ist nicht fair! Ganz klar zeigt sich hier, dass Gleichstellung eben noch nicht gelebter Alltag in Deutschland ist und wir noch sehr viel zu tun haben“ macht Cornelia Busch, deutlich.

SPD-Fraktion begrüßt Beitritt der Region zur Initiative Klischeefrei



Rede der gleichstellungspolitische Sprecherin, Cornelia Busch, bei der hybriden Regionsversammlung am 20. April 2021

Wir sind gesellschaftlich noch lange nicht an dem Punkt, an dem Jugendliche wirklich vollkommen frei von Stereotypen ihren Interessen folgen und dementsprechend einen Beruf auswählen.

Die vielfältigen Interessen, Vorlieben, Fähigkeiten und Stärken der Jugendlichen sollten die Basis für die Berufsentscheidung bilden und nicht etwa, weil bestimmte Klischees verdeutlichen „das ist eher ein Frauenberuf oder ein Männerberuf“.

Denn Fakt ist: Klischees beeinflussen die Arbeitswelt und haben massive Auswirkungen auf die Arbeitswelt: da geht es um Ausbildungsabbrüche, unzufriedene junge Menschen, fehlende Arbeitskräfte.

Wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, dass in manchen Berufen Personal fehlt, nur weil Jugendliche gar nicht erst die dazugehörige Ausbildung in Betracht gezogen haben. Geschlechterklischees hemmen von vornherein die freie Entfaltung der Persönlichkeit und beschränken auch den Blick auf die beruflichen Möglich-

keiten in all ihrer Vielfalt. Auch als Volkswirtschaft wollen wir wettbewerbsfähig bleiben – das schaffen wir, wenn wir junge Menschen dabei unterstützen ihre Fähigkeiten bestmöglich und vielfältig einzusetzen.

In der Konsequenz heißt ein Beitritt zu der Initiative „Klischeefrei“ und deren Umsetzung, dass wir damit eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und Männern unterstützen, sie als Individuen in ihrer beruflichen Selbstverwirklichung bestärken.

20 Jahre Region Hannover – 20 Jahre SPD-Regionsfraktion Hannover

In diesem Jahr besteht die Region Hannover 20 Jahre. Dies bedeutet auch,

dass es die SPD-Regionsfraktion Hannover seit 20 Jahren gibt.

Wir begleiten dieses Jubiläumsjahr mit kleinen Rückblicken aktiver und ehemaliger Regionsab-

geordneter und Erinnerungen an vergangene Aktivitäten.

Folgt uns auf Facebook und ihr findet auch dort unsere Rückblicke:
www.facebook.com/SPD.Regionsfraktion.Hannover/



20 01-21 Jahre
SPD Regionsfraktion

Kerstin Liebelt, MdB | Hemmingen
Regionsabgeordnete 2001-2017

„20 Jahre Region Hannover bedeuten für mich 20 Jahre Erfolgsmodell!“

Die Region Hannover hat eindrucksvoll gezeigt, dass ein Miteinander der 21 Städte und Gemeinden ein Gewinn für alle darstellt. Nur gemeinsam sind wir stark!“

20 Jahre Region Hannover.
Weiter auf Erfolgskurs.



20 01-21 Jahre
SPD Regionsfraktion

Verkehrs-AG:
Ortstermin in Laatzen

Die SPD-Regionsfraktion hat in den letzten 20 Jahren viele Besuchstermine wahrgenommen.

Am 03. Mai 2017 war die Verkehrs-AG in Laatzen / Haltestelle Galgenbergweg vor Ort und informierte sich. Thema war das Gesamtkonzept des Stadtbahnausbaus der Linien 1 und 2 Laatzen-Rethen.

20 Jahre Region Hannover.
Weiter auf Erfolgskurs.



20 01-21 Jahre
SPD Regionsfraktion

Regina Hogrefe | Hannover-Nordost
Regionsabgeordnete seit 2016

„Die Region Hannover bedeutet für mich:

Daseinsfürsorge für fast 1,2 Millionen Menschen durch gute Krankenhäuser, einen modernen, innovativen ÖPNV und eine starke Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen.“



20 01-21 Jahre
SPD Regionsfraktion

Elke Zach | Wahlbereich 10 Langenhagen
Regionsabgeordnete seit 2001

„20 Jahre Region Hannover bedeuten für mich: intensive Arbeit innerhalb der SPD-Fraktion und sehr gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Region Hannover.“

20 Jahre Region Hannover.
Weiter auf Erfolgskurs.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Regionsfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20 | 30169 Hannover
fon: 0511/616 - 22192
eMail: spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de

Verantwortlich: Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende

Bildnachweise:

S. 1 Grafik: „Was kann Politik tun?“ | Tanja Föhr
S. 2 Besuch Angler | o.: Silke Gardlo/u.: Christina Schlicker
S. 3 Steffen Krach | steffen-krach.de/Foto: Philipp Schöder
S. 9 Grafiken: 20 Jahre SPD-Regionsfraktion | SPD-Regionsfraktion Hannover

Alle Porträtaufnahmen: Rechte bei den Abgebildeten |

Fotos: Blickpunkt Photodesign, Bödeker

Alle weiteren Fotos: SPD-Regionsfraktion Hannover

